



Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer»

Stand Januar 2015

Die Argumente des Bundesrates

Die Initiative will einen überstürzten Umbau des Energiesystems mit überhöhten Steuersätzen erzwingen. Innert fünf Jahren soll die Mehrwertsteuer durch eine Energiesteuer ersetzt werden. Da die verteuerte Energie zu einer Verringerung des Verbrauchs führen würde, wäre die Finanzierung der Bundesaufgaben und der Sozialversicherungen gefährdet. Die Initiative würde Unternehmen im internationalen Wettbewerb und einkommensschwache Haushalte zusätzlich belasten. Bundesrat und Parlament empfehlen die Initiative deshalb zur Ablehnung.

Die Initiative will eine Steuer auf nicht erneuerbare Energieträger wie Erdöl, Gas, Kohle oder Uran einführen. Im Gegenzug zur Einführung der Energiesteuer soll gemäss Initiative die Mehrwertsteuer abgeschafft werden.

Ersatz der Mehrwertsteuer nur mit stark überhöhten Energiesteuersätzen möglich

Die Initiative schlägt eine Energiesteuer vor, deren Höhe sich nicht an Klima- und Energiezielen orientiert, sondern so angesetzt wird, dass die Steuereinnahmen gleich hoch sind wie die Erträge der Mehrwertsteuer. Die Mehrwertsteuer, die gemäss Initiative abgeschafft werden soll, wird im Jahr 2020 über 23 Milliarden Franken erzielen.

Anders als die Mehrwertsteuer, die auf praktisch allen in der Schweiz konsumierten Produkten erhoben wird, würde die Energiesteuer nur sehr wenige Güter wie Erdöl, Kohle oder Uran erfassen. Um die gleichen Einnahmen wie aus der Mehrwertsteuer zu erzielen, müssten auf diese Güter sehr hohe Steuern erhoben werden. Schätzungen im Auftrag des Bundesrates gehen davon aus, dass die Steuer einige Jahre nach ihrer Einführung ungefähr 33 Rappen pro Kilowattstunde Primärenergie betragen müsste, das heisst rund 3,3 Franken pro Liter Heizöl und circa 3 Franken pro Liter Benzin.¹ Um die vom Bundesrat angestrebten Ziele zur Reduktion von Treibhausgasen und des Energieverbrauchs zu erreichen, sind derart hohe Steuern nicht notwendig.

Langfristige Finanzierung der Bundesaufgaben gefährdet

Die Steuer würde die Preise von Heizöl, Benzin oder Strom aus Kohle- und Atomkraftwerken massiv erhöhen, was Haushalte und Unternehmen veranlassen würde, ihren Verbrauch von nicht erneuerbarer Energie zu reduzieren (= Lenkungswirkung). Ein geringerer Verbrauch

¹ Quelle: Botschaft vom 20. November 2013 zur Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» BBI 2013 9025, hier 9048.

führt jedoch zu sinkenden Steuereinnahmen. Um die gleich hohen Einnahmen wie aus der Mehrwertsteuer zu erzielen, müssten die Energiesteuersätze in der Folge ständig weiter erhöht werden. Ob die Energiesteuer auch mittel- und langfristig ausreichend hohe Erträge erzielen könnte, ist offen.

Die Mehrwertsteuer ist die wichtigste Einnahmequelle des Bundes und wird auch für die Sozialversicherungen immer bedeutender. Ein Teil der Steuererträge wird zweckgebunden zur Finanzierung bestimmter Aufgaben eingesetzt: 2013 flossen beispielsweise 2,8 Milliarden Franken in die AHV und über eine Milliarde Franken in die IV. Falls die Einnahmen wegen des Ersatzes der Mehrwertsteuer durch eine Energiesteuer sinken, stehen den Sozialversicherungen und dem Bund weniger Mittel zur Finanzierung ihrer Aufgaben zur Verfügung.

Unternehmen im internationalen Wettbewerb benachteiligt

Der Wegfall der Mehrwertsteuer bringt für Unternehmen zwar eine gewisse administrative Entlastung. Doch insgesamt würde die Belastung der Wirtschaft durch die Initiative steigen: Heute ist der Export von der Mehrwertsteuer befreit. Auf den Preisen der ausgeführten Produkte lastet somit keine Mehrwertsteuer. Der Ersatz der Mehrwertsteuer durch eine Energiesteuer würde eine neue Situation schaffen. Unternehmen, insbesondere Exportfirmen, hätten hohe Energiekosten zu tragen, die sie nicht auf die Produktpreise aufschlagen könnten. Sie wären deshalb im Wettbewerb mit der ausländischen Konkurrenz benachteiligt.

Die Initiative will diesem Problem begegnen, indem die Steuer bei der Ausfuhr von Energie zurückerstattet werden soll und die sogenannte graue Energie bei der Einfuhr von Produkten besteuert wird. Solche Massnahmen sind jedoch im Rahmen der internationalen Verpflichtungen der Schweiz (Welthandelsrecht) aus heutiger Sicht kaum umsetzbar. Ausserdem wären sie administrativ sehr aufwändig.

Unerwünschte Zusatzbelastung einkommensschwacher Haushalte

Wenn sich wegen der Energiesteuer Strom, Heizöl, Benzin und weitere Güter des täglichen Bedarfs verteuern, fällt dies im Budget von Haushalten mit tiefem Einkommen anteilmässig stärker ins Gewicht als bei Haushalten mit hohem Einkommen. Sie wären deshalb von der Initiative übermässig stark belastet. Diese Mehrbelastung würde auch nicht durch die Abschaffung der Mehrwertsteuer aufgewogen.

Energiestrategie 2050 ermöglicht schrittweisen Umbau der Energieversorgung

Mit der Energiestrategie 2050, deren erstes Massnahmenpaket derzeit im Parlament beraten wird, verfolgt der Bundesrat einen anderen, besseren Weg, um Treibhausgase und den Energieverbrauch zu reduzieren und die Produktion von Energie aus erneuerbaren Quellen zu stärken. In der zweiten Etappe der Energiestrategie 2050 ist ab 2021 ein Lenkungssystem mit Abgaben auf Strom, Brennstoffen und eventuell auch auf Treibstoffen vorgesehen. Die heutigen Fördermassnahmen für erneuerbare Energien und Gebäudesanierungen werden damit schrittweise abgelöst. Das vom Bundesrat geplante Lenkungssystem soll wirtschafts- und sozialverträglich umgesetzt werden.

Überstürzter Umbau der Energieversorgung kann zu Wirtschaftskrise führen

Die Initiative fordert demgegenüber einen überstürzten Umbau der Energieversorgung in weniger Jahren. Die Gefahr, dass die rasche Veränderung der Rahmenbedingungen, beispielsweise bei den Preisverhältnissen, zu einer Wirtschaftskrise mit deutlich höherer Arbeitslosigkeit führt, kann nicht ausgeschlossen werden.